

# BESCHLUSS

---

**des Bundesvorstands der FDP, Berlin, 22. April 2024**

---

## Eine liberale Handelsagenda – Für Wettbewerb, Wachstum und Menschenrechte

Der Systemwettbewerb zwischen liberalen Demokratien und Autokratien ist der bestimmende Konflikt unserer Zeit. Dessen tiefgreifende Auswirkungen auf den globalen Handel sind bereits ebenso spürbar wie der Einfluss der deutlichen Zunahmen von Handelsanktionen, die in den vergangenen Jahren verstärkt Handelspolitik als Teil der Außenpolitik gezeigt haben. Globale Herausforderungen, wie die Pandemienachwirkungen, der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, die Bekämpfung des Klimawandels und die Anfälligkeit internationaler Lieferketten erfordern, den Handel neu zu gestalten. Für uns Freie Demokraten bleibt Handel ein zentrales Instrument, das Zusammenarbeit auf Augenhöhe sowie Wohlstand und Arbeitsplätze bei uns und unseren Partnern heute wie auch für künftige Generationen schafft. Dabei müssen wir freien Handel und offene Märkte heute gleich doppelt verteidigen: gegen die Autokraten, die Offenheit ausnutzen auf der einen Seite und den Protektionismus, der auch in liberalen Demokratien zunehmend Unterstützung findet, auf der anderen Seite. Denn fairer Wettbewerb, nachhaltiges Wachstum und die Stärkung demokratischer Werte und Menschenrechte brauchen regelbasierten Handel und offene Märkte. Deshalb erteilen wir wachsendem Merkantilismus und einer weltweit auf dem Vormarsch befindlichen aggressiven Industriepolitik eine klare Absage. Gerade weil globalisierter Handel kein Selbstzweck ist, müssen wir gleichzeitig dafür Sorge tragen, dass die breite Bevölkerung von den Vorteilen von freiem und fairem Handel profitiert und nicht vermeidbare Strukturveränderungen mit einer verantwortungsvollen, freiheitlichen Wirtschafts- und Sozialpolitik gezielt beantworten. Damit sichern wir zugleich, dass die Europäische Union in ihrem Streben nach mehr strategischer Autonomie grundsätzlich ihren Markt nicht abschottet.

Denn besonders Deutschland profitiert als Handels- und Exportnation vom EU-Freihandel. Keine andere Volkswirtschaft der G7 hat einen vergleichsweise hohen Außenhandelsanteil am Bruttoinlandsprodukt wie die Bundesrepublik. Das ist auch gut so, weil bereits heute 90 Prozent des weltweiten Wachstums außerhalb des EU-Binnenmarkts stattfindet. Die Globalisierung ist im 21. Jahrhundert angekommen und die Motoren werden in Asien, Afrika und Lateinamerika sein. Unsere Arbeitsplätze, unser Wohlstand und die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft hängen von freiem und regelbasierten Welthandel ab.

## **I. Multilateraler Freihandel**

### **1. WTO-Reform**

Deutschland und die EU müssen auch weiterhin für Multilateralismus und eine reformierte Welthandelsorganisation (WTO) als Grundlage des regelbasierten Handels eintreten. Die Reform der WTO muss dafür sorgen, die Blockade des Streitschlichtungsmechanismus aufzubrechen und das gemeinsame Regelwerk zu modernisieren, insbesondere im Hinblick auf Industrie- und Agrarsubventionen, erzwungenen Technologietransfer, Produktfälschungen und digitalen Handel sowie den Entwicklungsländerstatus. Der Reformprozess sollte insbesondere die UN-Nachhaltigkeitsziele reflektieren. Die EU-Kommission muss mit höchster Priorität für einen Durchbruch bei der Reformagenda arbeiten, damit nach ersten Reformimpulsen auf der WTO-Ministerkonferenz 2024 substanzielle Erfolge bei der nächsten Ministerkonferenz erreicht werden können. Gleichzeitig müssen wir daran arbeiten, den multilateralen und bilateralen Freihandel mit gleichgesinnten Partnern voranzubringen, da wir uns nicht erlauben können, dass aufgrund des Konsensprinzips innerhalb der WTO jeglicher Fortschritt von der Zustimmung von protektionistischen Hardlinern abhängt.

### **2. Weltfreihandelszone der Demokratien**

Wir Freie Demokraten streben gemeinsamen, freien und fairen Handel mit liberalen Demokratien weltweit an. Wir brauchen eine Weltfreihandelszone der Demokratien von Chile über Taiwan bis Australien, aufbauend auf gemeinsamen Regeln der Welthandelsorganisation mit Regeln, die über den derzeitigen Stand der Welthandelsorganisation hinausgehen bzw. deren effektive Durchsetzung ermöglichen. Viele Länder in Lateinamerika, Afrika und Asien wünschen sich eine demokratische Alternative zum einseitigen Handel mit China. Die Freihandelszone der Demokratien steht allen Demokratien der Welt offen und bindet den präferenziellen Marktzugang, niedrigere Zölle und den Abbau nicht-tarifärer Handelshemmnisse an die Einhaltung rechtsstaatlicher und demokratischer Standards. Die auf Regeln basierende globale Ordnung wird seit längerer Zeit unter Druck gesetzt von autoritären Staaten, die ihre eigenen Regeln schaffen wollen. Daher können sich die Mitglieder einer Freihandelszone der Demokratien auf die gegenseitige Gleichbehandlung (Reziprozität) verlassen, die von der Volksrepublik China verweigert wird. Wenn der grundlegende Konflikt unserer Zeit Autokratie versus Demokratie heißt, ist es essenziell, dass Demokratien in allen politischen Bereichen zusammenarbeiten. Vor allem handelspolitische Zusammenarbeit stärkt uns und unsere demokratischen Partner und macht uns weniger abhängig von autokratischen Staaten. Die Freihandelszone soll die WTO ergänzen, den Austausch und die Kooperation unter Demokratien fördern, aber die Welthandelsorganisation nicht ersetzen. Ganz im Gegenteil kann sie einen konstruktiven Druck auf die Mitgliedstaaten der WTO ausüben, dringend benötigte Reformen endlich anzugehen. Dazu fordern wir die Europäische Kommission und die Mitgliedstaaten auf, entsprechende Verhandlungen in die Wege zu leiten.

## **II. Bilateraler Freihandel**

Wir Freie Demokraten setzen uns EU-weit für die Ratifizierung aller bereits abgeschlossenen Handelsabkommen und Investitionsschutzabkommen mit Ausnahme des Abkommens mit China ein. Wir wollen, dass die EU laufende Verhandlungen abschließt und neue Gespräche mit weiteren Partnern aufnimmt. Freihandelsabkommen sollen separat von Investitionsschutzabkommen verhandelt werden,

damit Zustimmungsprozesse klarer nach europäischer und nach nationaler Ebene strukturiert und somit schneller und transparenter sind. Darüber hinaus setzen wir uns für die vollständige Integration des Investitionsschutzes auf europäischer Ebene und damit den Wegfall des Einstimmigkeitserfordernisses beim Abschluss von Abkommen ein. Denn aktueller denn je gilt: Freihandel ist die beste Wirtschaftsförderung.

## **1. Kanada**

Auf Initiative der Freien Demokraten hat Deutschland das Abkommen nun endlich auch ratifiziert. Das Freihandelsabkommen mit Kanada wird seit 2017 vorläufig angewendet. Die von den politischen Gegnern auf beiden Seiten des politischen Spektrums an die Wand gemalten Schreckszenarien, dass Umwelt- und Sozialstandards in Deutschland abgesenkt würden, sind alle nicht eingetreten. Stattdessen sind die Zollschränken für erlaubte Waren gefallen und der Dienstleistungssektor hat von der Liberalisierung profitiert.

## **2. USA**

Die Vertiefung der transatlantischen Handelsbeziehungen ist sowohl für die Reform der WTO als auch für eine Allianz liberaler Demokratien unerlässlich. Die Schaffung eines transatlantischen Wirtschaftsraums ist die beste Antwort auf die Versuche autokratischer Regime, einen Keil in die westliche Wertegemeinschaft zu treiben. Weder die Vereinigten Staaten noch Europa werden ihre strategischen Ziele ohneeinander erreichen. Der Inflation Reduction Act (IRA) mit protektionistischen Vorgaben kann zu Wettbewerbsverzerrungen unter Verletzung von WTO-Regeln führen. Wir begrüßen, dass konstruktive Gespräche unter den transatlantischen Partnern geführt werden, um bei der Umsetzung des IRA die Diskriminierung europäischer Unternehmen abzubauen. Zudem müssen die EU und die USA zeitnah zu einer langfristigen Lösung beim globalen Aluminium- und Stahl-Abkommen gelangen, um gegen globale Überkapazitäten und unfairen Wettbewerb anzugehen. Vor diesem Hintergrund darf die EU nicht in einen Subventionswettbewerb verfallen und die europäischen Wettbewerbsregeln aufweichen, sondern sollte sich darum bemühen, durch die Vertiefung des Binnenmarkts insbesondere im Dienstleistungsbereich attraktive Standortbedingungen zu schaffen. Die gemeinsamen Herausforderungen müssen gemeinsam angegangen werden, auch um dadurch Abschottungstendenzen auf beiden Seiten des Atlantiks entgegenzuwirken. Hierbei gilt es insbesondere, Industriezölle abzuschaffen.

Der Trade and Technology Council (TTC) bietet das Potential, die transatlantische Handelspartnerschaft zwischen den USA und der EU konkret zu stärken. Dafür müssen aus den seit Juni 2021 geführten Gesprächen konkrete Lösungen entstehen, zum Beispiel für die gegenseitige Anerkennung von Standards oder beim Abbau von Marktzugangsbarrieren für Zukunftstechnologien. Insbesondere im digitalen Handel, dem Fluss von Daten sowie dem Handel mit Dienstleistungen können die EU und die USA als wirtschaftliche und demokratische Supermächte weltweite Standards setzen. In der aktuellen Nationalen Sicherheitsstrategie der USA wird die strategische Bedeutung des TTC zu Recht hervorgehoben und es bedarf einer ähnlichen Relevanz auch in der deutschen Außen- und Wirtschaftspolitik, um diese Chance für die transatlantischen Handelsbeziehungen zu nutzen.

Auf der Arbeit des TTCs aufbauend, sollten wir weiterhin das Ziel eines gemeinsamen transatlantischen Wirtschaftsraums zwischen der EU und den USA anstreben. Deshalb brauchen wir so bald wie

möglich auch einen neuen Anlauf für ein Freihandelsabkommen mit den USA und idealerweise mit dem gesamten USMCA-Raum (USA, Mexiko, Kanada).

### **3. Mercosur**

Das EU-Mercosur-Abkommen, mit den Ländern Brasilien, Argentinien, Paraguay und Uruguay, würde den zweitgrößten Wirtschaftsraum der Welt schaffen und bietet beiden Seiten Möglichkeiten für Wachstum, Beschäftigung und wirtschaftliche Entwicklung. Es fördert nachhaltige Entwicklung, stärkt Arbeitnehmerrechte, unterstützt durch die Verpflichtung zum Pariser Klimaschutzabkommen die gemeinsame Bekämpfung des Klimawandels und verbessert Umwelt-, Natur- und Artenschutz. Zudem schafft das Abkommen belastbare Rahmenbedingungen für den wirtschaftlichen Austausch und gerade in der aktuellen Lage sind die Rohstoffreserven wie die Gasvorkommen in Argentinien von strategischer Bedeutung für die Energieversorgungssicherheit in Europa. Insgesamt würden im Freihandelsteil 91 Prozent der Zölle der zwischen der EU und dem Mercosur gehandelten Waren fallen. Im Mercosur-Raum sollen darüber hinaus künftig die geografischen Herkunftsbezeichnungen von 357 europäischen Nahrungsmitteln geschützt werden. Nachverhandlungen lehnen wir ab und setzen uns für eine zügige Unterzeichnung ein. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass einzelne Bedenken über die Auswirkungen des Abkommens auf den Umweltschutz durch eine gemeinsame Auslegungserklärung mit den Mercosur-Ländern geklärt werden, welche den Weg zu einer zügigen Unterzeichnung freimachen sollte.

### **4. Chile**

Das modernisierte Assoziierungsabkommen mit Chile ist eine Chance für die Diversifizierung von Rohstoffpartnerschaften und zudem eine wichtige Wertepartnerschaft. Das Abkommen wird die Handels- und Investitionsbeziehungen beider Partner vertiefen. Es beseitigt die meisten verbleibenden Handelszölle auf Waren, vereinfacht den Handel mit Dienstleistungen und erleichtert kleinen Unternehmen die Geschäftstätigkeit. Das Abkommen ist zudem das erste, das dezidiert die Rechte von Frauen und ihre Teilhabe am Handel stärkt. Wir begrüßen die Zustimmung des Europäischen Parlaments und fordern die Mitgliedsländer auf, zügig nachzuziehen, damit dann eine rasche Umsetzung folgen kann.

### **5. Mexiko**

Die Einigung über ein modernisiertes Handelsabkommen zwischen der EU und Mexiko ersetzt das bestehende Abkommen beider Handelspartner aus dem Jahr 2000 über wirtschaftliche Partnerschaft, politische Koordinierung und Zusammenarbeit. Dabei ist auch von Bedeutung, dass Mexiko, Kanada und die Vereinigten Staaten das United States-Mexico-Canada Agreement (USMCA) abgeschlossen haben. Das erneuerte Freihandelsabkommen bietet vor allem für die europäische Agrarwirtschaft sowie für den Dienstleistungssektor neue Perspektiven und stärkt Arbeitnehmerrechte und den Umweltschutz in Mexiko. Die enge Zusammenarbeit mit Mexiko ist von besonderem Interesse auch im Hinblick auf eine engere transatlantische Zusammenarbeit.

## **6. Indopazifik**

Die EU-Strategie für den indopazifischen Raum ist ein wichtiger Fortschritt für eine größere geopolitische Rolle der EU in der Region. In Anbetracht des RCEP-Abkommens, dessen Unterzeichner seit Januar 2022 die größte Freihandelszone der Welt bilden und etwa 30 Prozent der Weltbevölkerung und der Wirtschaftsleistung umfassen, muss die EU-Kommission ihre Indopazifik-Strategie allerdings auch stärker handelspolitisch ausrichten und mit Handelsabkommen untermauern.

## **7. Australien und Neuseeland**

Wir begrüßen ausdrücklich, dass das Freihandelsabkommen mit Neuseeland ratifiziert wurde. Umso wichtiger ist es, dass auch die Verhandlungen mit Australien zügig vorangetrieben und erfolgreich abgeschlossen werden. Durch das Freihandelsabkommen könnte der Handel mit Waren und Dienstleistungen zwischen der EU und Australien um rund ein Drittel zunehmen. Für die EU sind dabei die großen Rohstoffvorkommen in Australien von besonderer Bedeutung. Eine engere Zusammenarbeit mit beiden Ländern stärkt die Zusammenarbeit unter Demokratien und die Rolle der EU im indopazifischen Raum.

## **8. Indien**

Es ist enttäuschend, dass die EU-Kommission unter Ursula von der Leyen es nicht geschafft hat, die Verhandlungen mit Indien vor den Europawahlen erfolgreich abzuschließen. Es muss höchste Priorität der nächsten Kommission sein, die Verhandlungen für ein Handelsabkommen, ein eigenständiges Investitionsabkommen und ein Abkommen über geografische Indikatoren konsequent weiter voranzutreiben. Aspekte zu Menschen- und Frauenrechten müssen dabei Grundlage der Gespräche sein. Indien ist mit 1,4 Milliarden Bürgerinnen und Bürgern die größte Demokratie der Welt, ein aufstrebender und wichtiger Markt und in Teilen eine High-Tech-Nation. Insbesondere auch in der Bekämpfung des Klimawandels, bei der Infrastruktur sowie bei Erneuerbaren Energien wie Wasserstoff gibt es großes Potential für Zusammenarbeit.

## **9. Taiwan**

Die taiwanesisische Wirtschaft hat aufgrund der Produktion von Halbleitern eine weltweit herausgehobene Bedeutung, sowohl aus geopolitischer als auch aus wirtschaftlicher Perspektive. Insbesondere für die geplante Erhöhung der strategischen Unabhängigkeit der EU im Bereich Halbleiter (Chips Act) ist sowohl die Ansiedelung dieser Industrie innerhalb der EU als auch die Zusammenarbeit mit demokratischen Partnern essenziell. Wir fordern die EU-Kommission auf, dem Rat ein Verhandlungsmandat vorzulegen, um zeitnah Gespräche zu einem Investitions- und Freihandelsabkommen mit Taiwan aufzunehmen, ohne auf Fortschritte bei dem zurecht auf Eis liegenden Investitionsabkommen mit China (CAI) abzuwarten.

## **10. ASEAN**

Langfristiges Ziel sollte eine gemeinsame Freihandelszone der EU mit allen ASEAN-Staaten bleiben. Eingedenk der sehr unterschiedlichen rechtsstaatlichen und menschenrechtlichen Situationen in den verschiedenen ASEAN-Ländern, die ein Block-zu-Block-Abkommen aktuell nicht realistisch machen,

ist es umso wichtiger, die laufenden bilateralen Verhandlungen mit einzelnen ASEAN-Staaten zügig voranzutreiben. Dazu gehört insbesondere ein substanzieller Fortschritt der Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und Indonesien sowie die Wiederaufnahme der Verhandlungen zwischen der EU und Malaysia. Wir begrüßen die Wiederaufnahme der Verhandlungen mit den Philippinen und Thailand. Dabei wird die Rolle der menschenrechtlichen Situation in beiden Ländern eine wichtige Rolle spielen müssen. Diese bilateralen Handelsabkommen mit den ASEAN-Ländern müssen dann als Grundlage für Block-zu-Block-Abkommen dienen, denn sie sind ein wichtiger Schritt hin zu einer strategischen Partnerschaft.

## **11. China**

Die Freien Demokraten lehnen die Ratifizierung des Investitionsabkommens (CAI) zwischen der EU und China ab, solange die chinesischen Sanktionen gegen EU-Organisationen, Verbände, Abgeordnete nationaler Parlamente sowie des Europäischen Parlaments und Ausschüsse des Europäischen Parlaments in Kraft sind und die Verbrechen gegen die Menschlichkeit gegen die Uiguren und weitere Minderheiten fort dauern. Deutschland und die EU müssen eine entschlossenerere, umfassendere und konsistentere China-Strategie erarbeiten und die Mitgliedstaaten dahinter versammeln. Die Verteidigung unserer Werte und die regelbasierte multilaterale Ordnung müssen Kern dieser Strategie sein, die die Vielschichtigkeit der Beziehungen zwischen der EU und China berücksichtigen muss. In vielen Bereichen ist China ein Kooperations- und Handelspartner, ganz grundlegend allerdings ein wirtschaftlicher Konkurrent und Systemrivale. Daher muss ein EU-weiter Stresstest regelmäßig wirtschaftliche Abhängigkeiten in strategischen Sektoren, wie beispielsweise kritischen Rohstoffen, analysieren.

## **12. Afrika**

Die EU muss mittelfristig einen stärkeren Fokus auf Verhandlungen über Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit afrikanischen Partnern legen, wobei das langfristige Ziel eine Freihandelszone zwischen der EU und Afrika sein sollte. Dies würde sowohl den Ländern des afrikanischen als auch des europäischen Kontinents immense wirtschaftliche und gesellschaftliche Perspektiven bieten.

## **III. Handlungsfähigkeit der EU und Schutz der Menschenrechte stärken**

Für uns Freie Demokraten ist Handel ein Instrument der Zusammenarbeit auf Augenhöhe, das Wohlstand und Arbeitsplätze schafft – bei uns und unseren Partnern. Handel ist ein Mittel, um Menschen ganz konkrete wirtschaftliche Perspektiven und somit die Gestaltung ihres eigenen Lebens zu ermöglichen. Insbesondere für viele Menschen in Partnerländern außerhalb Europas bedeutet mehr Handel auch Wege aus der Armut hinein in die Selbstbestimmung.

Freihandel bringt gleichgesinnte Partner zusammen, er kann die Demokratie unterstützen, Menschenrechte fördern und den Kampf gegen den Klimawandel erleichtern. Diese Chancen werden insbesondere durch die Kapitel über Handel und nachhaltige Entwicklung in den EU-Freihandelsabkommen gestärkt.

Darüber hinaus muss die EU interne Instrumente schaffen, die ihre Handlungsfähigkeit und „offene strategische Autonomie“ stärken und in diesem Zusammenhang einen stärkeren Schutz der Menschenrechte herbeiführen. Wir Freien Demokraten setzen uns daher dafür ein, dass die zahlreichen Gesetzgebungsinstrumente in der Europäischen Union eine liberale Handschrift erhalten.

### **1. GSP-Instrument**

Das Allgemeine Zollpräferenzsystem (APS oder Generalised Scheme of Preferences, GSP) bietet Entwicklungsländern bevorzugten Zugang zum EU-Binnenmarkt. Darüber hinaus sind weitere Vergünstigungen vorgesehen, wenn grundlegende Menschenrechte eingehalten werden („GSP plus“), die der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung dieser Länder dienen. Die Reform muss eine Modernisierung bringen. Es ist auch eine Frage der Glaubwürdigkeit, sollten die grundsätzlichen Bedingungen für diesen besonders vorteilhaften Zugang nicht erfüllt werden, dass die EU konsequent handelt und wirtschaftliche Vorteile aussetzt.

### **2. Ausgleichsmaßnahmen für CO2-starke Einfuhren (CBAM)**

Im Rahmen der „Fit for 55“-Initiative hat die Kommission vorgeschlagen, bestimmte Waren, bei deren Herstellung besonders viel CO<sub>2</sub> emittiert wird (wie zum Beispiel Stahl), in das EU-Zertifikatesystem einzubinden. Wir Freie Demokraten begrüßen diesen Grundsatz, weil er Wettbewerbsgleichheit und Umweltschutz weltweit vernünftig kombiniert. Wir sind uns zugleich bewusst, dass viele unserer Handelspartner ein europäisches CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichssystem (Carbon Border Adjustment Mechanism, kurz CBAM) als Protektionismus begreifen und die Kompatibilität mit den WTO-Regeln anzweifeln. Sollte dies bestätigt werden, muss dieses Instrument angepasst werden. Um dem Diskriminierungsverbot des Welthandelsrechts zu genügen, darf das neue CBAM-Instrument nicht dazu führen, dass CO<sub>2</sub>-lastige ausländische Produkte ganz vom europäischen Markt ferngehalten werden oder einzelne Importländer besonders hohen Hürden ausgesetzt werden. Deshalb muss darauf geachtet werden, dass bei der Auswahl der Produkte und der bürokratischen Überwachung die Verhältnismäßigkeit eingehalten wird. Zugleich setzen wir uns weiter für eine geographische Ausweitung des EU-Emissionshandels ein, weil ein globaler Emissionshandel gegenüber dem CBAM vorzugswürdig ist.